



Lecker Genpollen

EU-Umweltausschuss ebnet Weg für Gentechnik im Honig. **Seiten 4 und 9**

Fotos: Fotolia/Anatolii (links), Fotos: Fotolia/Schierle/Krasyuk (M) (rechts)

Lieber ohne Garnisonkirche

In Potsdam startet ein Bürgerbegehren gegen den Wiederaufbau. **Seiten 11 und 13**



Chemie marsch!

Sachsens Innenminister musste einräumen, dass bei einer Demo in Leipzig Löschmittel gegen Protestierende eingesetzt wurden. Womöglich war das kein Einzelfall. **Seite 5**

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 20. März 2014

69. Jahrgang/Nr. 67

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Vorsicht vor Provokateuren

Detlef D. Pries sieht die Gefahr des Ukraine-Krieges nicht gebannt

Gerade hatte sich Wladimir Putin dafür gelobt, dass die Krim »in den russischen Heimathafen eingelaufen« sei, ohne dass Blut geflossen ist. Auch den ukrainischen Militärs hatte er dafür gedankt. Prompt fielen in Simferopol tödliche Schüsse. Der Kiewer Übergangspremier Arseni Jazenjuk erklärte umgehend, der Konflikt mit Russland habe sein »militärisches Stadium« erreicht, den ukrainischen Soldaten wurde der Schusswaffengebrauch erlaubt.

Wer hat ein Interesse an einer militärischen Zuspitzung des Konflikts? Ganz gewiss nicht Putin. Auch im Westen setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Krim – Völkerrecht hin, Volkswille her – russisch bleiben wird. Ein militärisches Eingreifen zugunsten der Ukraine fordert bisher jedenfalls niemand, der politisch ernst zu nehmen wäre. Freilich lässt sich fremdes Territorium vergleichsweise schmerzlos abschreiben.

In der Ukraine fällt das nicht so leicht. Kiew will die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation »nie« hinnehmen. Zwar zügelte Jazenjuk noch am Dienstag diejenigen, die einen raschen NATO-Beitritt anstreben. Aber die Gefahr, dass Provokateure einen Flächenbrand auslösen, der nicht auf die Halbinsel beschränkt bliebe, droht nach wie vor. Rufe nach »humanitärer Intervention« – egal von welcher Seite – folgten gegebenenfalls sehr bald. Eine daraus erwachsende Katastrophe zu verhindern und Scharfmachern entgegenzutreten, ist die erste Aufgabe verantwortungsbewusster Politik – in Kiew, Moskau, Washington, Berlin, Brüssel ...

UNTEN LINKS

Gegen den argen **Wüterich** aus dem Struwwelpeterbuch von gestern ist ein Grimassenschneider mit Teiltoupet am Fußballfeld von heute ein lächerlicher Pausenclohn. Schließlich riss der böse Friederich damals lebenden Fliegen die Flügel aus und trat Hunde. Man mag sich nicht vorstellen, was er mit depperten Schiedsrichtern gemacht hätte. Und als Strafe musste der Wutvertreter höchstens früh ins Bett. Nein, heute wehren wir den Anfängen menschlichen Kontrollverlustes, indem wir für böses Gucken und Hochhopsen am Gegner Geldstrafen verhängen. Wer seine Wut trotzdem nicht in den Griff bekommt, besucht Zornabbaukurse unter fachkundiger Anleitung von Exparlamentariern, die in langen Sitzungen gelernt haben, ihre Wut am Sprachzentrum vorbei direkt in die Mundwinkel zu leiten. Wo die Wut dann ausharren muss und sich in tiefen Gräben verschanzt. Da braucht man viel Wuta-Kamillen-Creme aus dem Thüringer Wald, um das Gesicht wieder hinzukriegen. *ott*

Tropfen auf den heißen Stein

Dürftige Antwort der EU-Kommission auf europäische Wasserinitiative



Foto: photocase/s11

Berlin. »Wasser ist der Ursprung von allem«, sagte einst der griechische Philosoph Thales von Milet, der als der erste Denker der abendländischen Tradition gilt. Mindestens 25 Liter braucht der Mensch nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO täglich an sauberem Wasser zum Trinken, Kochen und für die Hygiene. In Deutschland verbraucht man im Schnitt 120 Liter täglich. Doch noch immer ist genügend klares Wasser nicht überall auf der Erde eine Selbstverständlichkeit. Fast zwei Millionen Menschen in der Europäischen Union haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung. Weltweit sind es circa zwei Milliarden Menschen, denen dieses Grundbedürfnis verwehrt wird.

Deshalb wurde die europaweite Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht!« gestartet, an der sich aus Deutschland unter anderem der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Globalisierungskritiker von attac beteiligen. Weil die Initiative als erste ihrer Art erfolgreich war, antwortete die EU-Kommission am Mittwoch auf die über 1,6 Millionen gültigen Unterschriften aus 25 europäischen Ländern. »Ich beglückwünsche die Organisatoren zu ihrem Erfolg«, sagte der Vizepräsident der Kommission, Maros Sefcovic. Doch viel mehr als warme Worte konnte er den Bürgerinnen und Bürgern nicht präsentieren. So forderte die Initiative etwa, dass die Versorgung mit Trinkwasser und sanitären Grundleistungen im europäischen Recht garantiert wird. Doch so weit wollte die Kommission über das bestehende Recht nicht hinausgehen. Auch einer EU-weiten Schranke für die Privatisierung von Wasserbetrieben erteilte die Kommission eine Absage und verwies auf die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten.

Dabei fuhr die Initiative bereits im Juni 2013 einen ersten Erfolg ein. EU-Kommissar Michel Barnier versprach auf öffentlichen Druck hin, die Wasserversorgung teilweise aus den neuen Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe auszuklammern. »Dies müssen wir als deutlichen Auftrag gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und für weitere Rekommunalisierung verstehen«, erklärte Thomas Händel, EU-Abgeordneter der LINKEN, gegenüber »nd«. Es sei jedoch höchste Wachsamkeit angebracht, »ob die Haltung der Kommission auch bei den Verhandlungen über das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen TTIP Bestand hat, bei dem die öffentlichen Dienstleistungen auf der Verhandlungsliste stehen«. *spo*

Seite 9

Kampf um Kasernen auf der Krim

Ukrainische Streitkräfte auf der Halbinsel in Bedrängnis / Bundesregierung stoppt Rüstungsgeschäft

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon will am Donnerstag und in die Ukraine reisen, »um alle Seiten zu einer friedlichen Lösung der Krise zu bewegen.«

Von Detlef D. Pries

Die Moskauer »Nowaja Gaset« – alles andere als putinfreundlich – plädierte am Mittwoch für die Anerkennung der neuen Realität: »Die Krim ist zu einem Teil Russlands geworden.« Das bestätigte auch das russische Verfassungsgericht: Der Vertrag über die Aufnahme der Krim und der Stadt Sewastopol als neue Subjekte in die Russische Föderation sei mit der Verfassung konform, verkündete Gerichtspräsident Valeri Sorkin in Petersburg. Noch in dieser Woche sollen Staatsduma und Föderationsrat das Dokument ratifizieren, das Präsident Wladimir Putin und die Krimvertreter am Dienstag unterzeichnet hatten.

Die neue Realität, hieß es in der »Nowaja Gaset«, berge jedoch erhebliche Risiken: Nach wie vor bestehe die Gefahr eines »heißen Krieges«, vom kalten ganz zu schweigen. In Simferopol waren am Dienstagabend an einem Stützpunkt der ukrainischen Armee ein ukrainischer Soldat und ein Angehöriger der »Selbstverteidigungskräfte« der Krim erschossen worden. Daraufhin erklärte der ukrainische Premier Arseni Jazenjuk, der Konflikt habe sich »von einem politischen in einen militärischen« verwandelt.

Am Mittwochmorgen stürmten rund 200 unbewaffnete Männer und Frauen auf das Gelände des ukrainischen Marinekommandos in der Hafenstadt Sewastopol und hissten die russische Flagge. Gegen Frauen wolle man keine Gewalt anwenden, erklärte der Sprecher des ukrainischen Verteidigungsministeriums Wladislaw Selesnjow laut Nachrichtenagentur UNIAN. Nachdem mehr als 30 uk-

rainische Soldaten den Stützpunkt verlassen hätten, habe sich auch Marinechef Sergej Gajduk gestellt, meldete das Internetportal sevastopol.su. Später hieß es, Gajduk werde von der Sewastopoler Staatsanwaltschaft verhört.

Mehr zum Thema

- Zuckerbrot und Peitsche auf dem EU-Gipfel S. 2
- Separatisten im Aufwind S. 3
- Russlands Wirtschaft S. 8
- Maidan in Berlin S. 17

Wie Selesnjow weiter erklärte, suchten prorussische Kräfte »überall« ukrainische Soldaten zu überreden, entweder die Seite zu wechseln oder aufs ukrainische Festland zurückzukehren. Nach Angaben des Chefs des nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, An-

drej Parubi, arbeite man an einem Plan für einen möglichen Abzug der Truppen von der Krim. In der Werchowna Rada wurde derweil ein Gesetz über den Austritt der Ukraine aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) eingebracht. Russlands Präsident beauftragte indessen die Regierung, den Bau zweier Brücken einzuleiten, um die Krim direkt mit dem russischen Festland zu verbinden.

Beim EU-Gipfel in Brüssel am Donnerstag und Freitag ist die Ukraine ein Hauptthema. Die EU-Spitzen kündigten an, man werde weitere Sanktionen gegen Russland beschließen.

Wegen der Krim-Krise wird ein millionenschweres deutsch-russisches Rüstungsgeschäft auf Eis gelegt. Rheinmetall wollte ein hochmodernes Gefechtsübungszentrum an Russland liefern. Die Bundesregierung halte dies »in der gegenwärtigen Lage für nicht vertretbar«, teilte das Wirtschaftsministerium mit. *Mit Agenturen*

Statt Mindestlohn Brücke für Langzeitarbeitslose

Nahles: Gesetz kommt pünktlich zum 1. Januar 2015

Berlin. Das Gesetz für einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland ist ein Stück näher gerückt, am Mittwoch brachte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) ihren Entwurf auf den Weg der internen Regierungsabstimmung. Am Vorabend hatten Kanzlerin Angela Merkel (CDU), CSU-Chef Horst Seehofer und SPD-Chef Sigmar Gabriel letzte Differenzen bereinigt. Der Mindestlohn von 8,50 Euro komme »ohne Ausnahmen und pünktlich zum 1. Januar 2015«, wie im Koalitionsvertrag verabredet, sagte Nahles am Mittwoch in Berlin. Ausnahmen, für die der Mindestlohn nicht gelten soll, wurden gleichwohl bekannt. So sollen Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten einer neuen Beschäftigung ausgenommen bleiben. »Wir bauen für Langzeitarbeitslose eine Brücke«, so Nahles. Auch für Praktika soll er nicht Pflicht werden, und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten keinen Anspruch. Damit soll vermieden werden, dass diese einen Job annehmen, anstatt eine Ausbildung zu machen. Der Gesetzentwurf zum Mindestlohn soll am 2. April im Kabinett beraten werden.

»Wenn ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn jungen Erwachsenen unter 18 Jahren und Langzeitarbeitslosen vorenthalten wird, verdient er seinen Namen nicht, sondern bleibt ein Schweizer Käse.« So kommentierte Klaus Ernst den Referentenentwurf. Gut eine Million Langzeitarbeitslose solle vom Mindestlohn ausgenommen werden, so der Fraktionsvize der LINKEN. »Das ist völlig inakzeptabel. Der Mindestlohn müsse für alle gelten, egal wie alt sie sind, welcher Tätigkeit sie nachgehen oder in welcher Branche sie beschäftigt sind. *nd/Agenturen*

Seiten 4 und 6

Giftgasproduktion mit deutscher Hilfe

Bundesanwaltshaft ermittelt gegen Firmen nach Lieferungen an Syrien

Berlin. Erneut muss sich die Bundesregierung zum Anteil deutscher Unternehmen an der Giftgasproduktion Syriens äußern. Damaskus hatte 2013 unter internationalem Druck seine Bereitschaft erklärt, die Vorräte an entsprechenden Waffen zu vernichten. Dieser Prozess ist seit Jahresbeginn im Gange. Aus Erklärungen, die die syrische Regierung in diesem Zusammenhang gegenüber der Organisation für das Verbot chemischer Waffen machte, geht hervor, dass zwischen 1982 und 1993 mindestens 50 Lieferungen deutscher Firmen mit potenziellen C-Waffen-Komponenten an Syrien gegangen sind. Die bundesdeutsche Beteiligung an der Ausrüstung des Landes mit C-Waffen war bereits im Herbst nach einer Kleinen Anfrage der LINKEN im Bundestag bekannt geworden.

Die Generalbundesanwaltschaft ermittelte derzeit, ob deutsche Firmen Materialien zum Aufbau des syrischen Giftgas-Programms geliefert haben, bestätigte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes am Mittwoch. Das Ministerium reagiere damit auf Medienberichte, unter anderem des Norddeutschen Rundfunks. Das Mitglied der Linksfraktion im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages Jan van Aken sprach sich gegenüber »nd« dafür aus, die Namen der involvierten deutschen Firmen bekanntzugeben. Seine große Sorge sei, dass gesagt werde: »Hier und da gab es vielleicht einen Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz, aber das ist lange verjährt. Das, finde ich, darf nicht passieren, denn es handelt sich hier nicht um einen lapidaren Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz, sondern um Beihilfe zum Mord.« Auch die Grünen fordern, die Regierung dürfe sich nicht hinter dem Geschäftsgeheimnis der Firmen verstecken. *roe*

Seite 7

ISSN 0323-4940

